

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/882 –**

Aufteilung von Bundeseinrichtungen in den einzelnen Bundesländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Deutsche Bundestag hat 1992 beschlossen, neue Bundeseinrichtungen vorrangig in den ostdeutschen Bundesländern einzurichten (vgl. Bundestagsdrucksache 12/2853 (neu)). Laut Grundgesetz ist die Bundesregierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse verpflichtet (vgl. Artikel 20, Artikel 72 Absatz 2 und Artikel 106 Absatz 3 Satz 4 Nummer 2 des Grundgesetzes). Bis heute ist Ostdeutschland großflächig strukturschwach. Die Ansiedlung neuer Bundeseinrichtungen bringt für die jeweilige Region stets auch einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung mit sich. Davon sollten aus Sicht der Fragesteller schwache Regionen wie Ostdeutschland bevorzugt profitieren.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Unter Bundeseinrichtungen i. S. d. Abfrage werden das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Bundespresseamt einschließlich ihrer unmittelbaren Geschäftsbereichsbehörden und Einrichtungen verstanden. Bei den Ressorts wird unter Hauptstandort der erste Dienstsitz verstanden, der zweite Dienstsitz wird in der Rubrik Nebenstandort geführt.

Der Begriff „Ansiedlung“ erfasst Neugründungen, Verlagerungen, Neuschaffungen und Umsiedlungen von Einrichtungen im o. g. Sinne und einzelnen Standorten.

Bei der Frage nach der Anzahl der Beschäftigten in Frage 1 wird auf das jeweilige Soll der Planstellen und Stellen (ohne Ersatz(plan)stellen) gemäß des ersten Regierungsentwurfs des Haushaltsplans 2018 abgestellt.

Dies entspricht dem Vorgehen im Teilungskostenbericht der Bundesregierung zum Berlin/Bonn-Gesetz und bei vergleichbaren parlamentarischen Anfragen.

Der Begriff „außeruniversitäre Forschungseinrichtungen“ erfasst alle Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, die vom Bund oder gemeinsam von Bund und Ländern im Rahmen der institutionellen Förderung zum Stichtag 22. Februar 2018 finanziert werden.

Unter der Bezeichnung „Ostdeutschland“ werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, unter der Bezeichnung „westdeutsche Bundesländer“ die übrigen Länder einschließlich Berlin verstanden.

Zu einzelnen Bundesbehörden

Bundesnachrichtendienst (Geschäftsbereich Bundeskanzleramt)

Die Beantwortung der Fragen kann aus Gründen des Staatswohls in diesem besonderen Einzelfall nicht in offener Form erfolgen. Die erbetenen Auskünfte zu Außenstellen und Mitarbeiteranzahl betreffen Strukturelemente des Bundesnachrichtendienstes. Aus ihrem Bekanntwerden könnten sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure Rückschlüsse auf Personalentwicklung, Modus Operandi sowie die Fähigkeiten und Methoden des Bundesnachrichtendienstes ziehen. Dadurch könnte die Aufgabenerfüllung des Bundesnachrichtendienstes beeinträchtigt werden mit nachteiligen Konsequenzen für die Sicherheit und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Informationen werden daher als Verschlussache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Inneren zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung – VSA) mit dem VS-Grad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und dem Deutschen Bundestag gesondert übermittelt.¹

Bundesamt für Verfassungsschutz (Geschäftsbereich BMI)

Durch die Angabe der erfragten Informationen zu Außenstellen und Mitarbeiteranzahl wären sowohl für staatliche als auch nichtstaatliche Akteure Rückschlüsse auf Arbeitsmethodik und Strategie des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) möglich. Dies könnte zu einer Beeinträchtigung der Aufgabenerfüllung des BfV führen und sich damit nachteilig für die Sicherheit und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland auswirken. Die gebotene Abwägung der Informationsrechte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit dem Staatswohl führt zu dem Ergebnis der Einstufung als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“. Daher werden Daten zum Personal und Außenstellen dem Deutschen Bundestag gesondert übermittelt.¹

Bundespolizei (Geschäftsbereich BMI)

Die Beantwortung der Fragen erlaubt einen Rückschluss auf die zahlenmäßige Stärke der Bundespolizei. Durch das Bekanntwerden dieser Informationen wären Aussagen zu polizeifachlichen und einsatztaktischen Bewertungen sowie zu Einsatzschwerpunkten möglich. Die gebotene Abwägung der Informationsrechte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit dem Staatswohl führt zu dem Ergebnis der Einstufung als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“. Demnach werden alle Übersichten und Statistiken, die einen Rückschluss auf die zahlenmäßige Stärke der Bundespolizei und ihrer nachgeordneten Dienststellen zulassen, dem Deutschen Bundestag gesondert übermittelt.¹

¹ Das Bundesministerium des Inneren hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft.

Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Bundesverwaltungsamt und Bundesamt für zentrale Dienste (Geschäftsbereich BMI)

Beim Bundesverwaltungsamt und Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen/Bundesausgleichsamt wurden – abweichend vom 1. Regierungsentwurf 2018 – beim Soll bereits erfolgte Umsetzungen von rund 1 355 Planstellen und Stellen vom Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen/Bundesausgleichsamt zum Bundesverwaltungsamt berücksichtigt.

Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (Geschäftsbereich BMVg)

Das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) hat seine Angaben als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft; sie werden dem Deutschen Bundestag gesondert übermittelt. Die Einstufung in „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ ist notwendig, da durch die Nennung von Mitarbeiter-Soll-Zahlen potentielle Fähigkeitslücken des MAD offenbar werden könnten. Durch einen Vergleich der gemeldeten Zahlen mit der im Verfassungsschutzbericht öffentlich gemachten Gesamtzahl aller Mitarbeiter des MAD kann abgeleitet werden, wie die Verteilung der Mitarbeiter auf das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) und MAD-Stellen vorgenommen wird. Daraus wiederum lassen sich Rückschlüsse auf Arbeitsmethodik und Strategie des MAD ziehen. Die Kenntnisnahme dieser Tatsachen durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachteilig sein kann. Die gebotene Abwägung der Informationsrechte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit dem Staatswohl führt zu dem Ergebnis der Einstufung als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“.¹

1. Welche Bundeseinrichtungen (Einrichtungen der unmittelbaren und mittelbaren Bundesverwaltung sowie öffentliche Stellen des Bundes, die zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben errichtet wurden) befinden sich nach ihren Standorten in den einzelnen Bundesländern (bitte nach Bundesländern, Haupt- und Nebenstandorten, Jahr der jeweiligen dortigen Ansiedlung sowie Anzahl der dort jeweils Beschäftigten aufschlüsseln)?
2. Welche außeruniversitären Forschungseinrichtungen (rechtlich selbständige Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, die vom Bund oder gemeinsam von Bund und Ländern im Rahmen der institutionellen Förderung finanziert werden) befinden sich nach ihren Standorten in den einzelnen Bundesländern (bitte nach Bundesländern, Haupt- und Nebenstandorten, Jahr der jeweiligen dortigen Ansiedlung sowie Anzahl der dort jeweils Beschäftigten aufschlüsseln)?
3. Welche europäischen Einrichtungen (europäische Institutionen und Stellen, die mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Europäischen Union betraut sind) befinden sich nach ihren Standorten in den einzelnen Bundesländern (bitte nach Bundesländern, Jahr der jeweiligen dortigen Ansiedlung sowie Anzahl der dort jeweils Beschäftigten aufschlüsseln)?

¹ Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

4. Mit welcher Begründung wurden Bundeseinrichtungen entgegen dem Beschluss des Deutschen Bundestages, neue Bundeseinrichtungen und -institutionen grundsätzlich in Ostdeutschland anzusiedeln (vgl. Bundestagsdrucksache 12/2853), neu in den westdeutschen Bundesländern angesiedelt?

Die Fragen 1 bis 4 werden gemeinsam beantwortet.

Die erfragten Angaben können der beigelegten Anlage entnommen werden. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.²

5. Welche dieser Einrichtungen werden von Ostdeutschen (nach ihrer regionalen Herkunft) und welche von Westdeutschen geleitet?

Die Bundesregierung verweist auf die diesbezüglich öffentlich zugänglichen Informationen, z. B. auf den Internetseiten der jeweiligen Einrichtungen. Nach Abwägung mit dem parlamentarischen Informationsinteresse sieht die Bundesregierung hier mit Blick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen von weiteren Angaben zur persönlichen Herkunft ab.

6. Welche dieser Einrichtungen werden von Frauen geleitet?

Die Bundesregierung verweist auf die diesbezüglich öffentlich zugänglichen Informationen, z. B. auf den Internetseiten der jeweiligen Einrichtungen.

² Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/1155 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Anlage

Aufteilung von Bundeseinrichtungen in den einzelnen Bundesländern

Zu Frage 1

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
BKAmt		Berlin		1999	668,5
			Nordrhein- Westfalen	1949 Hauptsitz seit 1999 Ne- benstandort	19
AA		Berlin		1999	2.129,1 ³
			Nordrhein- Westfalen	1951	
	Deutsches Ar- chäologisches Institut	Berlin		1833	64
			Hessen	1902	19
			Nordrhein Westfalen	1979	6
			Bayern	1951	3
BMI		Berlin		1999	1.343,3
			Nordrhein- Westfalen	1949	125,5
	Bundesakade- mie für öffent- liche Verwal- tung	Nordrhein- Westfalen		1969	46
			Berlin	1991	4
	Statistisches Bundesamt	Hessen		1950	1.436,8
			Berlin	1950	21,7
			Nordrhein- Westfalen	1999	426,4
	Bundesverwal- tungsamt	Nordrhein- Westfalen		1960	1.588
			Baden-Würt- temberg	2014	299,5

³ Keine Aufteilung zwischen den beiden Dienstsitzen laut Stellenplan vorgesehen.

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Bayern	2014	194
			Berlin	1991	560
			Brandenburg	2001 / 2014	372,7
			Hessen	2014 / 2017	312
			Mecklenburg- Vorpommern	2017	92
			Niedersachsen	1988 / 1989 / 2014	396
			Nordrhein- Westfalen	1989 / 2009 / 2014	983
			Sachsen	2017	31,5
			Schleswig- Holstein	2014	203
	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	Hessen		1952	162,5
			Bayern	1971	20
			Sachsen	1990	60
	Bundesinstitut für Bevölke- rungsforschung	Hessen		1973	31,5
	Bundesinstitut für Sportwis- senschaft	Nordrhein- Westfalen		1970	26
	Beschaffungs- amt des Bun- desministeri- ums des Innern	Nordrhein- Westfalen		1951	274,1
	Bundesamt für zentrale Dienste und of- fene Vermö- gensfragen	Berlin		1991	150

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Brandenburg	2003	39,9
			Hessen	2006	21,9
			Mecklenburg- Vorpommern	2003	25
			Sachsen	2003	32
			Sachsen-An- halt	2003	9
			Thüringen	2003	32
	Bundesaus- gleichsamt	Hessen		1952	21
			Berlin	2009	9
	Zentrale Stelle für Informati- onstechnik im Sicherheitsbe- reich	Bayern		2017	120
	Bundesamt für Sicherheit in der Informati- onstechnik	Nordrhein- Westfalen		1991	841,5
	Bundeskrimi- nalamt	Hessen		1953	3.503
			Berlin	1991	1.529,5
			Nordrhein- Westfalen	1981	1.050
	Bundesamt für Bevölkerungs- schutz und Ka- tastrophenhilfe	Nordrhein- Westfalen		2004	221,4
			Rheinland- Pfalz	2004	58,8
	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	Nordrhein- Westfalen		1950-1955	199,5
			Baden-Würt- temberg	1950-1955	156
			Bayern	1950-1955	150,5
			Berlin	1991-1995	36,5
			Brandenburg	1950-1955	22
			Bremen	1950-1955	11

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Hamburg	1950-1955	11,5
			Hessen	1991-1995	57
			Mecklenburg- Vorpommern	1950-1955, 1959	22
			Niedersachsen	1950-1955	152,3
			Nordrhein- Westfalen	1950-1955	171,5
			Rheinland- Pfalz	1950-1955	76
			Saarland	1991-1995	25
			Sachsen	1991-1995	33
			Sachsen-An- halt	1991-1995	22
			Schleswig- Holstein	1950-1955	53,5
			Thüringen	1991-1995	29,5
	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	Bayern		1953 / 1961 / 1993	1.728,3
			Baden-Würt- temberg	1982 / 1992 / 2015 / 2016	506,7
			Bayern	1990 / 1993 / 2015 / 2016	734,2
			Berlin	1982 / 2015 / 2017	261,4
			Brandenburg	1992 / 2007 / 2016	134,6
			Bremen	1992	39,7
			Hamburg	1982	105,7
			Hessen	1993 / 2015 / 2016	295,4
			Mecklenburg- Vorpommern	1993 / 2016	80,1
			Nordrhein- Westfalen	1979 / 1990 / 1993 / 2006 / 2015 / 2016 / 2017	1.122,9
			Niedersachsen	1983 / 2012 / 2014 / 2015	382

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Rheinland- Pfalz	1993 / 2015 / 2016	210,7
			Saarland	1989	47,4
			Sachsen	1991 / 2015	207,2
			Sachsen-An- halt	1991	116,6
			Schleswig- Holstein	2010 / 2015 / 2016	129,5
			Thüringen	1993 / 2015	112,6
	Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	Nordrhein- Westfalen		1978 / 1994	199,5
	Bundeszentrale für politische Bildung	Nordrhein- Westfalen		1952	173,5
			Berlin	1992	23
	Bundesanstalt für den Digital- funk der Be- hörden und Or- ganisationen mit Sicher- heitsaufgaben	Berlin		2007	497
BMJV		Berlin		1999	659,9
			Nordrhein- Westfalen	1949	3
	Bundesamt für Justiz ⁴	Nordrhein- Westfalen		2007	766,4
	Deutsches Pa- tent- und Mar- kenamt	Bayern		1949	2.081,7
			Thüringen	1998	264,2
			Berlin	1950	57,8
			Bayern	1993	19,2

⁴ Bei der Errichtung des Bundesamts für Justiz handelt es sich um die Verselbständigung einer Ausgleichsbehörde für den Standort Bonn (Dienststelle Bundeszentralregister des Generalbundesanwalts).

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Generalbun- desanwalt beim Bundes- gerichtshof	Baden-Würt- temberg		1950	224,6
			Sachsen	1997	9
	Bundespatent- gericht	Bayern		1961	122,7 + 121,3 Rich- ter/innen
	Bundesfinanz- hof	Bayern		1950	106,5 + 59 Richter/in- nen
	Bundesge- richtshof	Baden-Würt- temberg		1950	211,55 + 131 Rich- ter/innen
			Sachsen	1997	9,15 + 7 Richter/in- nen
	Bundesverwal- tungsgericht	Sachsen		2002	131 + 57 Richter/in- nen
BMF		Berlin		1999	1.682,42
			Nordrhein- Westfalen	1949	170,58
	Bundeszentral- amt für Steuern	Nordrhein- Westfalen		1971	1.327
			Berlin	1991	148,5
			Brandenburg	2004	111
			Saarland	1992	242
	ITZBund	Nordrhein- Westfalen		1971	623
			Baden-Würt- temberg	1971	139
			Bayern	1953	93
			Berlin	2005	331
			Hamburg	1971	101
			Hessen (2)	1953 / 1971	599
			Niedersachsen	1971	67

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Nordrhein- Westfalen (2)	1960 / 1971	376
			Thüringen	1992	212
	Zollverwaltung gesamt ⁵				38.039,2
	Generalzoll- direktion	Nordrhein- Westfalen		2016	290,36
			Baden-Würt- temberg	2016	449,41
			Bayern	2016	662,9
			Berlin	2016	214,45
			Brandenburg	2016	524,29
			Bremen	2016	50,9
			Hamburg	2016	398,65
			Hessen	2016	277,18
			Mecklenburg- Vorpommern	2016	190,52
			Niedersachsen	2016	66,71
			Nordrhein- Westfalen	2016	1.670,94
			Rheinland- Pfalz	2016	449,31
			Saarland	2016	108,97
			Sachsen	2016	709,64
			Sachsen-An- halt	2016	115,51
			Schleswig- Holstein	2016	110,28
			Thüringen	2016	4
	<i>Hauptzolläm- ter:</i>				
	Aachen	Nordrhein- Westfalen		1995	343,73
			Nordrhein- Westfalen (3)	vor 1949 / 1980 / 2003	30,3
	Augsburg	Bayern		vor 1949	284,54

⁵ Die Planstellen/Stellen der Zollverwaltung werden zentral bewirtschaftet. Nicht mit Beschäftigten verknüpfte Planstellen/Stellen können daher nicht einzelnen Behörden der Zollverwaltung bzw. Bundesländern zugeordnet werden.

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Bayern (15)	vor 1949, 1957,1972, 1983, 1984, 1992, 1993, 1995, 1998, 2008 (2), 2010, 2014 (2), 2015	213,3
	Berlin	Berlin		vor 1949	343,26
			Berlin (7)	1949, 1961, 1978, 1990, 1996, 2004, 2007	428,2
	Bielefeld	Nordrhein- Westfalen		vor 1949	246,2
			Nordrhein- Westfalen (10)	Vor 1949 (5), 1993, 1995, 2003, 2005, 2006	370,68
	Braunschweig	Niedersachsen		vor 1949	203,98
			Niedersachsen (12)	vor 1949 (6), 1990, 1998, 2001, 2008, 2015 (2)	308,82
	Bremen	Bremen		1997	339,5
			Bremen (12)	vor 1949, 1971 (2), 1975, 1982,1988, 1990, 1992, 2002, 2004, 2005, 2016	379,51
			Niedersachsen (2)	2002 (2)	13
	Darmstadt	Hessen		vor 1949	221,81
			Hessen (8)	1952, 1993, 2002, 2005, 2006, 2014, 2016, 2016	178,22
	Dortmund	Nordrhein- Westfalen		vor 1949	398,68

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Nordrhein- Westfalen (12)	vor 1949 (2), 1964, 1997 (4), 2004 (3), 2008, 2013	238,65
	Dresden	Sachsen		1990	372,86
			Sachsen (13)	1990 (7), 1991 (1), 1995 (2), 1999 (1), 2004 (2)	704,45
	Duisburg	Nordrhein- Westfalen		vor 1949	267,48
			Nordrhein- Westfalen (9)	vor 1949 (2), 1971, 1998, 2004, 2007, 2010, 2011, 2015	274,25
	Düsseldorf	Nordrhein- Westfalen		vor 1949	587,5
			Nordrhein- Westfalen (10)	1962 (2), 1993, 1991, 1998 (2), 2002, 2005 (2), 2016	66,04
	Erfurt	Thüringen		1990	282,28
			Thüringen (6)	1990	173,08
			Sachsen (7)	1990 (6), 2004	357,92
	Frankfurt/Oder	Brandenburg		1990	271,53
			Brandenburg (14)	1990 (2), 1996, 1999, 2001, 2003, 2005 (3), 2006, 2007, 2015, 2016, 2017	403,29
	Frankfurt/Main	Hessen		2013	174,55
			Hessen (5)	2013 (4), 2015 (1)	736,37
	Gießen	Hessen		vor 1949	306,61
			Hessen (17)	vor 1949, 1950, 1955, 1960, 1961, 1996, 1998, 1999, 2006 (2), 2008, 2009,	448,66

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
				2011, 2014 (2), 2015, 2016	
	Hamburg-Hafen	Hamburg		2001	55,07
			Hamburg (11)	2001 (11)	821,5
	Hamburg-Jonas	Hamburg		vor 1949	101,19
	Hamburg-Stadt	Hamburg		2002	358,6
			Hamburg (7)	2002	215,98
			Mecklenburg-Vorpommern	1990	19,45
	Hannover	Niedersachsen		vor 1949	441,9
			Niedersachsen (9)	vor 1949 (6), 1950, 1952, 1957	161,17
	Heilbronn	Baden-Württemberg		vor 1949	91,19
			Baden-Württemberg (8)	1996, 1997, 1999, 2002, 2003, 2013, 2015, 2016	366,99
	Itzehoe	Schleswig-Holstein		vor 1949	201,9
			Hamburg	vor 1949	151,1
			Niedersachsen	vor 1949	98,9
			Schleswig-Holstein (14)	vor 1949 (4), 1953, 1973, 1974, 1978 (frühestes bekanntes Datum), 1998, 2002, 2004, 2011, 2015, 2017	185,42
	Karlsruhe	Baden-Württemberg		vor 1949	293,55
			Baden-Württemberg (13)	Vor 1949 (3), 1950, 1970, 2000, 2006, 2010, 2012 (2), 2013, 2014, 2018	266,49

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Rheinland- Pfalz	vor 1949	47,4
	Kiel	Schleswig- Holstein		vor 1949	446,19
			Mecklenburg- Vorpommern	1990	10
			Schleswig- Holstein (16)	vor 1949	354,49
	Koblenz	Rheinland- Pfalz		vor 1949	468,77
			Rheinland- Pfalz (15)	1832, 1965, 1968, 1970 (3), 1971, 1987, 1998, 2001, 2002, 2006 (2), 2008, 2009	129,67
			Saarland	vor 1949	12
	Köln	Nordrhein- Westfalen		2002	707,31
			Nordrhein- Westfalen (8)	1971 (2), 1980, 1983, 2002, 2004, 2005, 2006	55,43
	Krefeld	Nordrhein- Westfalen		vor 1949	265,25
			Nordrhein- Westfalen (7)	vor 1949 (5), 2004 (2)	213,11
	Landshut	Bayern		vor 1949	166,69
			Bayern (6)	vor 1949 (2), 1996, 2003, 2005, 2016	331,09
	Lörrach	Baden-Würt- temberg		vor 1949	139,63
			Baden-Würt- temberg (27)	Vor 1949 (2), 1900, 1926, 1950, 1958 (4), 1977, 1980, 2000, 2002 (2), 2003, 2004, 2005 (2), 2006 (2), 2010, 2011, 2012,	655,46

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
				2013, 2014, 2015, 2018	
	Magdeburg	Sachsen-An- halt		1990	214,64
			Niedersachsen	vor 1949	21,82
			Sachsen-An- halt (7)	1990 (3), 1997, 2004 (2), 2015	230,2
	München	Bayern		vor 1949	657,93
			Bayern (9)	vor 1949 (2); 1952; 1992; 1994; 2002; 2004; 2006; 2014	93,86
	Münster	Nordrhein- Westfalen		vor 1949	248,82
			Nordrhein- Westfalen (7)	vor 1949 (4), 1976, 2007, 2015	220,08
	Nürnberg	Bayern		vor 1949	443,43
			Bayern (4)	vor 1949 (2), 1950 (1), 1954 (1)	41,72
	Oldenburg	Niedersachsen		vor 1949	176,07
			Niedersachsen (19)	1969; 1978, 1985 (frühestes bekanntes Da- tum), 1987 (2, einmal frühes- tes bekanntes Datum), 1997, 2000 (10; je- weils frühestes bekanntes Da- tum) 2003, 2015, 2016	373,48
	Osnabrück	Niedersachsen		vor 1949	158,35
			Bremen	1997	6
			Niedersachsen (14)	vor 1949 (2), 1993 (4), 2000 (2), 2004, 2005 (3), 2014, 2016	248,71
	Potsdam	Brandenburg		1990	307,87

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Berlin	vor 1949	226,14
			Brandenburg (8)	1990 (6), 1992, 2004	170,88
	Regensburg	Bayern		vor 1949	259,59
			Bayern (18)	vor 1949 (2), 2004 (12), 2006 (2), 2007, 2014	505,31
	Rosenheim	Bayern		vor 1949	216,31
			Bayern (8)	vor 1949 (3), 1962, 1994, 2000 (2), 2005	239,4
	Saarbrücken	Saarland		vor 1949	285,37
			Rheinland- Pfalz	vor 1949	147,18
			Saarland (3)	1949, 1969, 1978	5,3
	Schweinfurt	Bayern		vor 1949	198,52
			Bayern (12)	Vor 1949 (2), 1989, 2002, 2003, 2004, 2006 (2), 2010, 2011 (2), 2014	270,97
	Singen	Baden-Würt- temberg		vor 1949	183,1
			Baden-Würt- temberg (21)	1949 (4), 1953, 1958, 1959, 1965, 1969, 1970, 1975, 1979, 1990, 2000, 2004 (2), 2005, 2006, 2011 (2), 2013,	610,46
	Stralsund	Mecklenburg- Vorpommern		1990	265,02
			Mecklenburg- Vorpommern (34)	1990 (6), 1993 (2), 1997 (2), 2002 (1), 2004 (3), 2014 (13), 2015 (6), 2017 (1)	614,26

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Stuttgart	Baden-Würt- temberg		vor 1949	442,19
			Baden-Würt- temberg (7)	1945, vor 1950 (2), 1991 (2), 1996, 2005	23,07
	Ulm	Baden-Würt- temberg		vor 1949	277,67
			Baden-Würt- temberg 35(17)	vor 1949 (7), 1954, 1955, 1979, 1985, 2000 (3), 2005, 2013, 2014	350,62
			Bayern	vor 1949	7,51
	<i>Zollfahndungs- ämter:</i>				
	Berlin Bran- denburg	Berlin		vor 1949	173,01
			Berlin (2)	1995, 1999	15
			Brandenburg (4)	1994 (2), 1997 (2)	161,97
			Mecklenburg- Vorpommern (1)	1998	16
	Dresden	Sachsen		1990	195,02
			Sachsen (6)	1990, 1991, 1993 (2), 1994, 2010	65,4
			Thüringen (2)	1990, 2000	9,75
	Essen	Nordrhein- Westfalen		2002	117,28
			Niedersachsen (1)	2002	14
			Nordrhein- Westfalen (12)	2002	228,39
	Frankfurt/Main	Hessen		vor 1949	151,16
			Hessen (4)	vor 1949, 1993 (3)	30
			Rheinland- Pfalz (3)	vor 1949	97,22
			Saarland (2)	1993 (2)	22,83

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Hamburg	Hamburg		vor 1949	165,23
			Bremen (2)	vor 1949 (2)	16,85
			Hamburg (1)	1970	24
			Mecklenburg- Vorpommern (2)	1990 (2)	59,55
			Schleswig- Holstein (4)	vor 1949, 1992 (3)	62,11
	Hannover	Niedersachsen		vor 1949	140,59
			Bremen (2)	vor 1949, 1978	49,55
			Niedersachsen (4)	1990, 1992 (2), 1996	15,52
			Nordrhein- Westfalen	vor 1949	15,5
			Sachsen-An- halt (2)	1990, 1995	47,5
	München	Bayern		Vor 1949	130,45
			Bayern (9)	vor 1949, 1978 (4), 1992 (3), 1998	154,49
	Stuttgart	Baden-Würt- temberg		1952	106,23
			Baden-Würt- temberg (5)	1952 (2), 1990, 1992, 1994	167,91
	Bundesmono- polverwaltung für Branntwein	Hessen		1954	27
BMWi		Berlin		1991 ⁶	1.754,5
			Nordrhein- Westfalen	1949	
	Bundeskartell- amt	Nordrhein- Westfalen		1999	330,7
	Physikalisch- Technische Bundesanstalt	Niedersachsen		1947	1.278,5
			Berlin	1887, 1953 ⁷	

⁶ Verlagerung des Haupt- und Nebensitzes durch Regierungsumzug 1999

⁷ Erneute Aktivierung nach dem 2. Weltkrieg

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkon- trolle	Hessen		1954	742,6
			Nordrhein- Westfalen	1978 ⁸ , 2016 ⁹	
			Berlin	2016	
	Bundesanstalt für Material- forschung- und Prüfung	Berlin		1904, 1990 ¹⁰	932,7
			Brandenburg	1990	
	Bundesnetz- agentur	Nordrhein- Westfalen		1998	2.745,4
			Schleswig- Holstein	1998	
			Hamburg	1998	
			Mecklenburg- Vorpommern	1998	
			Bremen	1998	
			Niedersachsen	1998	
			Sachsen-An- halt	1998	
			Berlin	1998	
			Brandenburg	1998	
			Thüringen	1998	
			Sachsen	1998	
			Hessen	1998	
			Rheinland Pfalz	1998	
			Saarland	1998	
			Bayern	1998	
			Baden Würt- temberg	1998	

⁸ Außenstelle Bochum (Steinkohleförderung/Anpassungsgeld)

⁹ Außenstelle Düsseldorf (Eingliederung der APAS)

¹⁰ Übernahme eines Standortes in Ost-Berlin

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Bundesanstalt für Geowissen- schaften und Rohstoffe	Niedersachsen		1958	629,5
			Berlin	1990	
BMAS		Berlin		2005	610,8
			Nordrhein- Westfalen	2005	449,7
	Bundesversi- cherungsamt	Nordrhein- Westfalen		1999	497,8
			Niedersachsen	1990	22
			Hessen	1990	19
			Nordrhein- Westfalen	1990	26,5
			Berlin	1990	16
			Bayern	1990	23
	Bundesanstalt für Arbeits- schutz und Ar- beitsmedizin	Nordrhein- Westfalen		1996	398,5
			Berlin	1996	135
			Sachsen	1996	37,5
	Bundesarbeits- gericht	Thüringen		2000	156 + 38 Richter/in- nen
	Bundessozial- gericht	Hessen		1954	140 + 44 Richter/in- nen
BMEL		Nordrhein- Westfalen		1949	590,5
			Berlin	2000	288,5

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Julius Kühn-Institut	Sachsen-Anhalt		Die Institute sind im Jahre 2008 durch die Zusammenlegung bereits bestehender Forschungseinrichtungen des BMEL gegründet worden. Insofern handelt es sich um keine Neuan siedlungen, da die Stand-orte bereits vor dem 25.06.1992 als Stand-orte dieser For-schungsein-richtungen existierten. Im Übrigen wurde keine Außen-stelle nach dem 25.06.1992 er-richtet.	141,8
			Baden-Württemberg		26,3
			Berlin		68
			Brandenburg		69,2
			Hessen		16,3
			Mecklenburg-Vorpommern		46,6
			Niedersachsen		290
			Nordrhein-Westfalen		11,8
			Rheinland-Pfalz		56,8
			Sachsen		34
	Friedrich-Loeffler-Institut	Mecklenburg-Vorpommern			339,6
			Niedersachsen		176,3
			Thüringen		103,4
	Max Rubner-Institut	Baden-Württemberg			200,9
			Bayern		71
			Nordrhein-Westfalen		77
			Schleswig-Holstein		122
	Thünen-Institut	Niedersachsen			260,8
			Brandenburg		39
			Bremen		115,5
			Hamburg	86,5	
			Mecklenburg-Vorpommern	48	
			Schleswig-Holstein	80,5	

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	Niedersachsen		2002 aus bereits bestehenden Einrichtungen an den Standorten hervorgegangen;	156,7
			Berlin	somit keine Neuansiedlung	409,5
	Bundessortenamt	Niedersachsen		Alle Außenstellen des BSA in den ostdeutschen Bundesländern sind anlässlich der Wiedervereinigung entstanden. Die „westdeutschen“ Prüfstellen sind deutlich davor gegründet worden.	129
			Niedersachsen		52
			Rheinland-Pfalz		16
			Sachsen		44
			Sachsen-Anhalt		20
			Thüringen		15
BMVg		Nordrhein-Westfalen		1955	1.268
			Berlin	1993	1.334
	Bildungszentrum der Bundeswehr	Baden-Württemberg		2013	340
	Universität der Bundeswehr München	Bayern		1973	1.072
	Planungsamt der Bundeswehr	Berlin		2012	379
			Bayern	2012	48
	Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	Berlin		2007	38
	Katholisches Militärbischofsamt	Berlin		2000	41

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Kommando Luftwaffe	Berlin		2012	259
			Nordrhein-Westfalen	2012	457
	Einsatzführungskommando der Bundeswehr	Brandenburg		2001	904
	Kommando Heer	Brandenburg		2012	729
	Führungsakademie der Bundeswehr	Hamburg		1957	423
	Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg	Hamburg		1972	750
	Marinekommando	Mecklenburg-Vorpommern		2012	1.081
	Kommando Streitkräftebasis	Nordrhein-Westfalen		2012	972
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Nordrhein-Westfalen		2012	2.938
	Kommando Cyber- und Informationsraum	Nordrhein-Westfalen		2017	274
	Bundessprachenamt	Nordrhein-Westfalen		1969	408
	Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr	Nordrhein-Westfalen		2012	4.117

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Luftfahrtamt der Bundes- wehr	Nordrhein- Westfalen		2014	421
	Zentrum Innere Führung	Rheinland- Pfalz		1956	202
	Kommando Sanitätsdienst der Bundes- wehr	Rheinland- Pfalz		2012	596
	Bundesamt für Ausrüstung, Informations- technik und Nutzung der Bundeswehr	Rheinland- Pfalz		2012	5.769
	Bundeswehr- disziplinaran- walt beim Bun- desverwal- tungsgericht	Sachsen		2003	15
BMFSFJ		Berlin		1999	351,5
			Nordrhein- Westfalen	1953	239,5
	Bundesamt für Familie und zi- vilgesellschaft- liche Aufgaben	Nordrhein- Westfalen		1973	717,5
			Nordrhein- Westfalen	1978; 1980; 1992	25
			Baden-Würt- temberg	1983; 1985	18
			Bayern	1975; 1990; 1992	25
			Berlin	2011	19
			Hessen	1992	8
			Mecklenburg- Vorpommern	1992	7,5
			Niedersachsen	1971; 1984; 1984	27,5

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Rheinland-Pfalz	1980	5,5
			Sachsen	1993	36
			Schleswig-Holstein	1986	6,5
			Thüringen	1996	8
	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	Nordrhein-Westfalen		1954	22
BMG		Nordrhein-Westfalen		1961	299,5
			Berlin	1990	298,2
	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	Nordrhein-Westfalen		1999 / 2000	789,8
	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Nordrhein-Westfalen		1967	316
	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information	Nordrhein-Westfalen		1969	107

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Paul-Ehrlich- Institut	Hessen		1899 (histo- risch, als Kö- nigliches Insti- tut für Experi- mentelle The- rapie in Frank- furt/Main) 1972 (Gesetz zur Errichtung des Bundesam- tes für Sera und Impfstoffe; PEI wird Bun- desoberbe- hörde) 1989	491,5
	Robert Koch- Institut	Berlin		1994	278,8
			Sachsen-An- halt	1994	19
BMVI		Berlin		1998	550,5
			Nordrhein- Westfalen	1949	689
	Luftfahrt-Bun- desamt	Niedersachsen		1955	639,5
			Hamburg	Vor 1989	46
			Berlin	1990	52,5
			Nordrhein- Westfalen	Vor 1989	59,5
			Hessen	Vor 1989	90,5
			Baden-Würt- temberg	Vor 1989	46
			Bayern	Vor 1989	67,5
	Bundesamt für Güterverkehr	Nordrhein- Westfalen		1953	874,5
			Nordrhein- Westfalen	1953	170,5
			Schleswig- Holstein	1953	64
			Bremen	1953	39

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Niedersachsen	1953	95
			Mecklenburg- Vorpommern	1990	126,5
			Sachsen	1990	126,5
			Thüringen	1990	110
			Rheinland- Pfalz	1953	143,5
			Saarland	1953	43
			Baden-Würt- temberg	1953	92
			Bayern	1953	171
	Deutscher Wetterdienst	Hessen		1956	954
			Hamburg	1960	249
			Berlin	1960	24,5
			Brandenburg	1962	254
			Sachsen	1982	73
			Nordrhein- Westfalen	1997	106
			Hessen	1983	58,5
			Baden-Würt- temberg	1984	93
			Bayern	1991	248
			Bremen	1960	13,5
			Mecklenburg- Vorpommern	1900	21
			Niedersachsen	1970	40
			Rheinland- Pfalz	1938	10
			Saarland	1989	6,5
			Sachsen-An- halt	1937	15
			Schleswig- Holstein	1953	13,5
			Thüringen	1968	20,5
	Kraftfahrt- Bundesamt	Schleswig- Holstein		1952	747
			Sachsen	1990	16

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Bundesanstalt für Straßenwe- sen	Nordrhein- Westfalen		1983	306
	Eisenbahn- Bundesamt	Nordrhein- Westfalen		1994	513,5
			Mecklenburg- Vorpommern	1994	40
			Hamburg	1994	40
			Berlin	1994	84
			Sachsen-An- halt	1994	58
			Sachsen	1994	57
			Thüringen	1994	36,5
			Niedersachsen	1994	58
			Nordrhein- Westfalen (Köln, Essen)	1994	103
			Saarland	1994	20
			Hessen	1994	63
			Baden-Würt- temberg (Karlsruhe, Stuttgart)	1994	84
			Bayern (Nürnberg, München)	1994	126
	Bundesstelle für Flugunfall- untersuchung	Niedersachsen		1998	39,5
	Bundesstelle für Eisen- bahnunfallun- tersuchung	Nordrhein- Westfalen		2017	7
			Nordrhein- Westfalen	2017	5
			Mecklenburg- Vorpommern	2017	3
			Berlin	2017	2
			Hessen	2017	3

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Baden-Würt- temberg	2017	2
			Bayern	2017	5
	Bundesstelle für Seeunfall- untersuchung	Hamburg		2002	12
	Bundesauf- sichtsamt für Flugsicherung	Hessen		2009	99
	Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt- Bundesamt	Hessen		2008	9
	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrogra- phie	Keine Standortspezifische Soll- Ausstattung			
		Hamburg		1990	
		Mecklenburg- Vorpommern		1990	
	Bundesanstalt für Gewässer- kunde	Rheinland- Pfalz		1952	266
	Bundesanstalt für Wasserbau	Baden-Würt- temberg		1948	229
			Hamburg	1950	92
	Bundesanstalt für Verwal- tungsdienst- leistungen	Niedersachsen		2013	94,5
			Schleswig- Holstein	2013	9,5
			Sachsen-An- halt	2013	12
			Niedersachsen	2013	10,5
			Nordrhein- Westfalen	2013	53
			Rheinland- Pfalz	2013	10,5
			Bayern	2016	8

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Havariekommando	Niedersachsen		2003	28,5
	Bundeseisenbahnvermögen	Nordrhein-Westfalen		1999	130
			Berlin	1994	77
			Hamburg	1994	59
			Niedersachsen	1994	266
			Nordrhein-Westfalen	1994	630
			Hessen	1994	453
			Saarland	1994	49
			Baden-Württemberg	1994	506
			Bayern	1994	310
	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) gesamt, davon:	Keine Behörden-/Standortspezifische Soll-Ausstattung (WSV-Reform)			
	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt	Nordrhein-Westfalen		2013	
			Niedersachsen, Hannover Aurich	1918 1921	
			Rheinland-Pfalz	1949	
			Bayern	1949	
			Sachsen-Anhalt	2003	
			Brandenburg	2003	
			Nordrhein-Westfalen	1921	
			Schleswig-Holstein	1895	
	Neubauamt Hannover	Niedersachsen		1990	

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	<i>Wasserstra- ßen-Neubau- ämter:</i>				
	Aschaffenburg	Bayern		1994	
	Berlin	Berlin		1990	
	Datteln	Nordrhein- Westfalen		1946	
	Helmstedt	Niedersachsen		1992	
	Magdeburg	Sachsen-An- halt		1992	
	<i>Wasser- und Schiffahrtsäm- ter:</i>				
	Aschaffenburg	Bayern		1978	
	Berlin	Berlin		1990	
	Bingen	Rheinland- Pfalz		1978	
	Brandenburg	Sachsen-An- halt		1990	
	Braunschweig	Niedersachsen		1978	
	Bremen	Bremen		1978	
	Bremerhaven	Niedersachsen		1978	
	Brunsbüttel	Niedersachsen		1978	
	Cuxhaven	Niedersachsen		1978	
	Dresden	Sachsen		1990	
	Duisburg-Mei- derich	Nordrhein- Westfalen		1978	
	Duisburg- Rhein	Nordrhein- Westfalen		1978	
	Eberswalde	Brandenburg		1990	
	Emden	Niedersachsen		1978	
	Freiburg	Baden-Würt- temberg		1978	
	Hamburg	Hamburg		1978	
	Hannover- Münden	Niedersachsen		1978	
	Heidelberg	Baden-Würt- temberg		1978	

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Kiel-Holtenau	Schleswig- Holstein		1978	
	Koblenz	Rheinland- Pfalz		1978	
	Köln	Nordrhein- Westfalen		1978	
	Lauenburg	Schleswig- Holstein		1978	
	Lübeck	Schleswig Hol- stein		1978	
	Magdeburg	Sachsen-An- halt		1990	
	Mannheim	Rheinland- Pfalz		1978	
	Meppen	Niedersachsen		1978	
	Minden	Nordrhein- Westfalen		1978	
	Nürnberg	Bayern		1978	
	Regensburg	Bayern		1978	
	Rheine	Nordrhein- Westfalen		1978	
	Saarbrücken	Saarland		1978	
	Schweinfurt	Bayern		1978	
	Stralsund	Mecklenburg- Vorpommern		1990	
	Stuttgart	Baden-Würt- temberg		1978	
	Tönning	Schleswig- Holstein		1978	
	Trier	Rheinland- Pfalz		1978	
	Uelzen	Niedersachsen		1978	
	Verden	Niedersachsen		1978	
	Wilhelms- haven	Niedersachsen		1978	
	Amt für Neckarusbau	Baden-Würt- temberg		2008	

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
BMUB		Nordrhein- Westfalen		1986	583,3
			Berlin	1991	606,6
	Bundesamt für Bauwesen und Raumord- nung ¹¹	Nordrhein- Westfalen		1959	381,5
			Berlin	1950	847
	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssi- cherheit ¹²	Berlin		2014	73
			Niedersachsen	1989	95,5
	Bundesamt für Naturschutz	Nordrhein- Westfalen		1952	204,7
			Sachsen	1990	22,6
			Mecklenburg- Vorpommern	1990	45,9
	Bundesamt für Strahlen- schutz ¹³	Niedersachsen		1989	395
			Berlin	1990	99,5
			Bayern	1989	153
			Baden-Würt- temberg	1989	30,6
			Nordrhein- Westfalen	1989	28,5
			Schleswig- Holstein	1997	8
			Sachsen-An- halt	2009	2
	Umweltbun- desamt	Sachsen-An- halt		2005	747,6
			Berlin	1974	380,4
			Sachsen	1975	43,3

¹¹ Fusion aus den Vorgängerbehörden BFLR (Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung; Hauptsitz Bonn) und BBD (Bundesbaudirektion; Hauptsitz Berlin)

¹² Die „Ansiedlung“ in Berlin erfolgte im Zuge einer Umorganisation durch Übernahme von einer anderen Behörde

¹³ Die „Ansiedlungen“ in Berlin, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein erfolgten im Zuge von Umorganisationen durch Übernahme von anderen Behörden

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundeseinrichtung (Name)	Hauptstandort im Bundesland (Name)	Nebenstandort im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
			Hessen	1984	26,4
			Baden-Württemberg	1975	3,8
			Bayern ¹⁴	1999	4
			Schleswig-Holstein	1989	1
			Mecklenburg-Vorpommern	1991	1
			Brandenburg	1960 / 1961	3
			Thüringen	1975	3,5
			Niedersachsen	1981	2,5
BMBF		Nordrhein-Westfalen		1955 ¹⁵	734
			Berlin	1990 ¹⁶	349
	Bundesinstitut für Berufsbildung	Nordrhein-Westfalen		1999 ¹⁷	673
	Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (Geschäftsstelle)	Nordrhein-Westfalen		2004	15
BMZ		Nordrhein-Westfalen		1961	533,5
			Berlin	1999	267
BKM		Nordrhein-Westfalen		1998	140,8
			Berlin	1998	109,5

¹⁴ Messstation am höchsten Punkt Deutschlands (Zugspitze)

¹⁵ als Bundesministerium für Atomfragen

¹⁶ Als Außenstellen des damaligen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) und des damaligen Bundesministeriums für Forschung und Technologie

¹⁷ Umsiedlung von Berlin nach Bonn gemäß §7 Abs.1 Nr.8 Bonn/Berlin-Gesetz und §89 S.2 BBiG

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR	Berlin		1990	910
			Brandenburg	1990	52
			Mecklenburg-Vorpommern	1990	118
			Sachsen	1990	159
			Sachsen-Anhalt	1990	89
			Thüringen	1990	124
	Bundesarchiv	Rheinland-Pfalz		1952	232
			Berlin (Lichterfelde)	1996	246
			Berlin (Fehrbelliner Platz)	1990	40
			Brandenburg	1997	37
			Baden-Württemberg (Freiburg)	1968	55,5
			Baden-Württemberg (Ludwigsburg)	2000	5
			Baden-Württemberg (Rastatt)	1974	7
			Bayern (Bayreuth)	1989	16
			Nordrhein-Westfalen (St. Augustin)	1972	12
	Bundesinstitut für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	Niedersachsen		1989	9,5

1	2	3	4	5	6
Ressort (Name)	Bundesein- richtung (Name)	Hauptstand- ort im Bun- desland (Name)	Nebenstand- ort im Bun- desland (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
BPA		Berlin		1999	442,3
			Nordrhein- Westfalen	1949 (seit 1999 2. Dienstsitz)	66

Zu Frage 2

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)	Rheinland- Pfalz (Speyer)		1962 (Speyer), ab 1976 Co-Fi- nanzierung durch Bund	43,7
		Berlin	2015	6
Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland	Baden-Würt- temberg		1987	4
Leibniz-Institut für Lebensmit- telsystembiologie an der Tech- nischen Universität München	Bayern		1918 (Vorgänge- einrichtung)	45
Leibniz-Institut für Nutztierbi- ologie	Mecklen- burg-Vor- pommern		Institut 1993 er- richtet; Vorgän- gereinrichtung am Standort	236
Leibniz-Institut für Agrartechn- ik und Bioökonomie	Brandenburg		Institut 1992 er- richtet; Vorgän- gereinrichtung am Standort	170
Leibniz-Institut für Agrarland- schaftsforschung	Brandenburg		Institut 1992 er- richtet; Vorgän- gereinrichtung am Standort	315
Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau	Brandenburg		Institut 1992 er- richtet; Vorgän- gereinrichtungen an den Standor- ten	116

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau		Thüringen		22
Leibniz-Institut für Agrarent- wicklung in Transforma- tionsökonomien	Sachsen-An- halt		1994	47
Deutsches Biomasse-For- schungszentrum	Sachsen		2008	150
Deutsches Zentrum für Integ- rations- und Migrationsfor- schung (DeZIM) e. V.	noch nicht vorhanden, geplant ist aber Berlin			noch keine
Deutsches Zentrum für Alters- fragen (DZA)	Berlin		1974	42
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	Bayern		1963	249
		Sachsen-Anhalt	2003	51
		Sachsen	2014	7
Leibniz-Institut für ökologi- sche Raumentwicklung e. V.	Sachsen		1992	72,5
Leibniz-Institut für ökologi- sche Raumentwicklung e. V.		Sachsen	2014	3,5
Leibniz-Institut für Raumbezo- gene Sozialforschung e. V.	Brandenburg		1995	51
Akademie für Raumforschung und Landesplanung	Niedersach- sen		1946	32,25
Leibniz-Institut für Länder- kunde e. V.	Sachsen		1992	41
Deutsches Institut für Urbanis- tik gGmbH	Berlin		1973	46,5
Deutsches Institut für Urbanis- tik gGmbH		Nordrhein-Westfa- len	1973	5,5
Institut für Städtebau Berlin ¹⁸	Berlin		1961	10
Institut für Städtebau und Wohnungswesen ¹⁹	Bayern		1960	4,5
Zentralinstitut für Raumpla- nung an der Universität Müns- ter*	Nordrhein- Westfalen		1964	6,5
Deutsches Krebsforschungs- zentrum (DKFZ)	Baden-Würt- temberg	Sachsen	1964	2.928

¹⁸ in Trägerschaft der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) e. V.

¹⁹ in Trägerschaft der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) e. V.

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur GmbH	Baden-Württemberg	Berlin, Nordrhein-Westfalen	1977	313
GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e. V.	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	1986	330
Institut für Deutsche Sprache (IDS)	Baden-Württemberg		1964	236
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)	Baden-Württemberg	Bayern, Sachsen	1956 / 2009	9.239
Kiepenheuer-Institut für Sonnenphysik SdöR (KIS)	Baden-Württemberg		1943	89
Leibniz-Institut für Wissensmedien (IWM)	Baden-Württemberg		2001	177
Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach gGmbH (MFO)	Baden-Württemberg		1944	35
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim	Baden-Württemberg		1990	187
Berliner Institut für Gesundheitsforschung/Berlin Institute of Health (BIH)	Berlin		2013	26
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin)	Berlin		1925	358
Deutsches Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ) – Ein Leibniz-Institut	Berlin		1988	207
Ferdinand-Braun-Institut – Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH)	Berlin		1992	300
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB)	Berlin	Bayern	1959	1.139

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Leibniz-Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie (FMP) im Forschungsverbund Berlin e. V.	Berlin		1992	289
Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) im Forschungsverbund Berlin e. V.	Berlin	Brandenburg	1992	270
Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ) im Forschungsverbund Berlin e. V.	Berlin		1992	118
Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) im Forschungsverbund Berlin e. V.	Berlin	Brandenburg	1992	189
Leibniz-Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS)	Berlin		1994	44
Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO)	Berlin		1994	50
Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI) im Forschungsverbund Berlin e. V.	Berlin		1991	195
Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in der Helmholtz-Gemeinschaft (MDC)	Berlin		1992	1.660
Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN)	Berlin		1810	289
Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (PDI) Leibniz-Institut im Forschungsverbund Berlin e. V.	Berlin		1992	103
Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik, Leibniz-Institut im Forschungsverbund Berlin e. V. (WIAS)	Berlin		1992	ca. 250

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Wissenschaftskolleg zu Berlin e. V. Institute for Advanced Study	Berlin		1981	59
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)	Berlin		1969	363
Max-Planck-Gesellschaft e. V.	Berlin/Mün- chen	83 Institute, davon 3 rechtlich selb- ständig	1948	15.550
Deutsches Institut für Ernäh- rungsforschung Potsdam-Reh- brücke (DIfE)	Brandenburg	Berlin	1946	ca. 330
Helmholtz-Zentrum Pots- dam – Deutsches GeoFor- schungsZentrum GFZ	Brandenburg	Bayern	1992	1.282
Leibniz-Institut für Astrophy- sik Potsdam (AIP)	Brandenburg		1992	190
Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik GmbH (IHP)	Brandenburg		1983	320
Potsdam-Institut für Klima- folgenforschung e. V. (PIK)	Brandenburg		1992	270
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V. (ZZF)	Brandenburg		1992	113
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI)	Bremen	Brandenburg; Schleswig-Hol- stein	1980	1.100
Deutsches Schifffahrtsmu- seum – Leibniz-Institut für deutsche Schifffahrtsge- schichte (DSM)	Bremen		1971	74
Leibniz-Institut für Präven- tionsforschung und Epidemio- logie – BIPS GmbH	Bremen		1981	169
Leibniz-Institut für Werk- stofforientierte Technologien (IWT)	Bremen		1950 / 1975	170
Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung GmbH (ZMT)	Bremen		1991	220
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNITM)	Hamburg		1900	247

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Deutsches Elektronen-Syn- chrotron (DESY)	Hamburg	Brandenburg	1959	2.400
GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien	Hamburg	Berlin	1964	133
Heinrich-Pette-Institut, Leib- niz-Institut für Experimentelle Virologie (HPI)	Hamburg		1948	180
Deutsche Akademie der Tech- nikwissenschaften (acatech) e. V.	Bayern	Berlin	2002	497
Deutsches Museum (Deut- sches Museum von Meister- werken der Naturwissenschaft und Technik)	Bayern	Bayern; Nord- rhein-Westfalen	1903	555
Fraunhofer Gesellschaft	Bayern	69 rechtlich un- selbständige Insti- tute	1949	17.550
Germanisches Nationalmu- seum SdöR (GNM)	Bayern		1852	237
Helmholtz Zentrum Mün- chen – Deutsches Forschungs- zentrum für Gesundheit und Umwelt, GmbH (HMGU)	Bayern	Niedersachsen; Baden-Württem- berg, Sachsen	1960	2.289
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.	Bayern	Sachsen	1949	210
Institut für Zeitgeschichte (IfZ)	Bayern	Berlin, Bayern	1949	169
Leibniz-Institut für Bildungs- verläufe e. V. (LifBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg	Bayern		2009	ca. 200
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)	Bayern		2012	69
Max-Planck-Institut für Plas- maphysik (IPP)	Bayern	Mecklenburg-Vor- pommern	1960	ca. 1.100
Helmholtz-Zentrum Dresden- Rossendorf (HZDR)	Sachsen	Schleswig-Hol- stein	1956	1.100
Helmholtz-Zentrum für Um- weltforschung GmbH – UFZ	Sachsen	Sachsen-Anhalt	1991	1.100

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Leibniz-Institut für Festkör- per- und Werkstoffforschung Dresden e. V. (IFW Dresden)	Sachsen		1969 / 1992	500
Leibniz-Institut für Ge- schichte und Kultur des östli- chen Europa (GWZO)	Sachsen		1995	83
Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Si- mon Dubnow (DI)	Sachsen		1995	30
Leibniz-Institut für Oberflä- chenmodifizierung e. V. (IOM)	Sachsen		1992	170
Leibniz-Institut für Polymer- forschung Dresden e. V. (IPF)	Sachsen		1992	457
Leibniz-Institut für Tropo- sphärenforschung e. V. (TRO- POS)	Sachsen	Sachsen	1992	150
Leibniz-Institut für Alterns- forschung – Fritz-Lipmann- Institut (FLI)	Thüringen		1991	350
Leibniz-Institut für Natur- stoff-Forschung und Infekti- onsbiologie e. V. – Hans- Knöll-Institut (HKI)	Thüringen		1992	440
Leibniz-Institut für Photoni- sche Technologien e. V. (Leibniz-IPHT)	Thüringen		1992	350
Deutsches Institut für Interna- tionale Pädagogische For- schung (DIPF)	Hessen	Berlin	1951	299
GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, Helmholtz-Institut Mainz	Hessen	Rheinland-Pfalz, Thüringen	1969	1.350
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Kon- fliktforschung (HSFK)	Hessen	Berlin	1970	85
Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung e. V. (SGN)	Hessen	Hessen; Thürin- gen, Schleswig- Holstein; Ham- burg; Sachsen, Brandenburg; Ba- den-Württemberg	1817	850

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Leibniz-Institut für Atmo- sphärenphysik e. V. an der Universität Rostock (IAP)	Mecklen- burg-Vor- pommern	Mecklenburg-Vor- pommern	1992	84
Leibniz-Institut für Katalyse e. V. an der Universität Rostock (LIKAT)	Mecklen- burg-Vor- pommern		1952	305
Leibniz-Institut für Ostseefor- schung Warnemünde (IOW)	Mecklen- burg-Vor- pommern		1992	225
Leibniz-Institut für Plasma- forschung und Technologie e. V. (INP)	Mecklen- burg-Vor- pommern	Mecklenburg-Vor- pommern	1992	180
Deutsches Primatenzentrum – Leibniz-Institut für Primaten- forschung (DPZ)	Niedersach- sen		1977	419
Deutsches Zentrum für Hoch- schul- und Wissenschaftsfor- schung (DZHW)	Niedersach- sen	Berlin, Sachsen	2013	200
Georg-Eckert-Institut (GEI) – Leibniz-Institut für internatio- nale Schulbuchforschung	Niedersach- sen		1975	137
Helmholtz-Zentrum für Infek- tionsforschung (HZI)	Niedersach- sen	Hamburg; Nieder- sachsen; Saarland; Bayern	1965	889
Leibniz-Institut DSMZ – Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zell- kulturen GmbH	Niedersach- sen		1968	190
Leibniz-Institut für Ange- wandte Geophysik (LIAG)	Niedersach- sen	Niedersachsen	1948	90
Technische Informationsbibli- othek (TIB) – Leibniz-Infor- mationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Uni- versitätsbibliothek	Niedersach- sen		1959	536
Deutsches Bergbau-Museum Bochum (DBM) – Leibniz- Forschungsmuseum für Geo- ressourcen	Nordrhein- Westfalen		1930	114

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Deutsches Diabetes-Zentrum (DDZ) – Leibniz-Zentrum für Diabetes-Forschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen		1965	222
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE)	Nordrhein-Westfalen		1957	88
Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e. V. (DZNE)	Nordrhein-Westfalen	Berlin, Sachsen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt; Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen	2009	ca. 1.000
DWI – Leibniz-Institut für Interaktive Materialien e. V.	Nordrhein-Westfalen		1952	156
Forschungszentrum Jülich GmbH	Nordrhein-Westfalen	Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg	1956	5.868
IUF – Leibniz-Institut für umweltmedizinische Forschung gGmbH	Nordrhein-Westfalen		2001	110
Leibniz-Institut für Analytische Wissenschaften – I-SAS – e. V.	Nordrhein-Westfalen	Berlin	1952	188
Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund (IfADo)	Nordrhein-Westfalen		1912	209
Max-Planck-Institut für Eisenforschung GmbH (MPIE)	Nordrhein-Westfalen		1971	ca. 320
Max-Planck-Institut für Kohlenforschung	Nordrhein-Westfalen		1912 / 1949	370
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e. V.	Nordrhein-Westfalen	Berlin	1943	106

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Zoologisches Forschungsmu- seum Alexander Koenig –Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere (ZFMK)	Nordrhein- Westfalen		1912 / 1929 / 1934	100
Leibniz-Institut für Europäi- sche Geschichte (IEG)	Rheinland- Pfalz		1950	60
Leibniz-Zentrum für Psycho- logische Information und Do- kumentation (ZPID)	Rheinland- Pfalz		1971	45
Römisch-Germanisches Zentralmuseum (RGZM) – Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie	Rheinland- Pfalz	Nordrhein-Westfa- len	1852	180
INM – Leibniz-Institut für Neue Materialien gGmbH	Saarland		1987	240
Schloss Dagstuhl – Leibniz- Zentrum für Informatik GmbH (LZI)	Saarland	Saarland	1990	46
Deutsche Akademie der Nat- urforscher Leopoldina, Nati- onale Akademie der Wissen- schaft	Sachsen-An- halt		1652	k.A.
Leibniz-Institut für Neurobio- logie (LIN)	Sachsen-An- halt		1992	ca. 200
Leibniz-Institut für Pflanzen- biochemie (IPB)	Sachsen-An- halt		1992	178
Leibniz-Institut für Pflanzen- genetik und Kulturpflanzen- forschung (IPK)	Sachsen-An- halt	Mecklenburg-Vor- pommern	1992	511
Leibniz-Institut für Wirt- schaftsforschung Halle e. V. (IWH)	Sachsen-An- halt		1992	94
Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informations- zentrum Wirtschaft (ZBW)	Schleswig- Holstein	Hamburg	1919	282
Forschungszentrum Borstel – Leibniz-Lungenzentrum (FZB)	Schleswig- Holstein		1947	346
GEOMAR Helmholtz-Zent- rum für Ozeanforschung Kiel	Schleswig- Holstein		1937	1.000

1	2	3	4	5
außeruniversitäre Forschungsein- richtung (Name)	Haupt- standort im Bundes- land (Name)	Nebenstandort im Bundes- land (Name)	Jahr der Ansiedlung	Anzahl der Beschäftigten
Helmholtz-Zentrum Geest- hacht – Zentrum für Material- und Küstenforschung (HZG)	Schleswig- Holstein	Brandenburg, Hamburg, Bayern, Niedersachsen	1956	950
Institut für Weltwirtschaft (IfW)	Schleswig- Holstein		1914	ca. 170
Leibniz-Institut für die Pädä- gogik der Naturwissenschaf- ten und Mathematik an der Universität Kiel (IPN)	Schleswig- Holstein		1966	180
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)	Nordrhein- Westfalen	Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfa- len; Niedersach- sen, Bremen; Sachsen, Ham- burg; Thüringen, Baden-Württem- berg; Mecklen- burg-Vorpommern	1969	8.200
Deutsches Institut für Entwick- lungspolitik gGmbH (DIE)	Nordrhein- Westfalen		2000	137
Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenar- beit gGmbH (DEval)	Nordrhein- Westfalen		2012	60
Nordost-Institut e. V. (IKGN) Institut für Kultur und Ge- schichte der Deutschen in Nordosteuropa [vormals Nordostdeutsches Kulturwerk e. V. (NOKW)]	Niedersach- sen		1980 (seit 01.01.2002 IKGN)	19
Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e. V. (IKGS) [vormals Südosteuropäisches Kulturwerk e. V. (SOKW)]	Bayern		1949 (seit 2001 IKGS)	10
Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung e. V. (HI) / Institut der Leibniz-Ge- meinschaft [vormals Johann-Gottfried- Herder-Institut]	Hessen		1950	113

Zu Frage 3

1	2	3	4
Europäische Einrichtung (Name)	Sitz im Bundesland (Name)	Jahr der Ansiedlung ²⁰	Anzahl der Beschäftigten ²¹
Europäische Zentralbank (EZB)	Hessen	1998	ca. 3.000
Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)	Hessen	2011	ca. 160
Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)	Nordrhein-Westfalen	2004	ca. 800
Vertretung der Europäischen Kommission	Berlin	1999	
Informationsbüro des Europäischen Parlaments	Berlin		
Die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre – JRC), eine Generaldirektion der Europäischen Kommission, hat einen ihrer sieben Standorte in fünf europäischen Ländern in Karlsruhe (Institut für Transurane)	Baden-Württemberg		
Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München	Bayern		
Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in München	Bayern		
Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn	Nordrhein-Westfalen		

²⁰ Über die erfassten Angaben hinaus liegen der Bundesregierung keine weiteren belastbaren Informationen zum Jahr der jeweiligen Ansiedlung vor.

²¹ Zahlen zu den Mitarbeitern der genannten Organe, Agenturen und sonstigen Stellen liegen dem Auswärtigen Amt nicht bzw. nicht genau und tagesaktuell vor und sind nur bei diesen direkt zu erfragen.

Zu Frage 4

1	2
Bundeseinrichtung (Name)	Begründung für die Ansiedlung außerhalb Ostdeutschlands
Statistisches Bundesamt	Die Verlagerung der Zweigstelle Berlin nach Bonn mit Tausch von Personal des Bundesministeriums des Innern und der Bundestagsverwaltung wurde im Rahmen des Berlin/Bonn-Gesetz vorgenommen.
Bundesverwaltungsamt	<p>Die Neugründung von Außenstellen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein im Jahr 2014 ist auf die Übernahme von vorhandenen Dienststellen der Bundeswehrverwaltung zurückzuführen.</p> <p>Die Neugründung einer Außenstelle in Hessen im Jahr 2017 geht auf die Übernahme von Beschäftigten der dortigen Dienststelle des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen zurück.</p> <p>Die Außenstelle in Bonn wurde im Jahr 2009 mangels entsprechender Liegenchaftskapazitäten am Hauptsitz Köln errichtet.</p>
Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen	Der Dienstsitz des BADV in Hessen ist 2006 durch die Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung mit Sitz in Bad Homburg entstanden. Ein Teil der Aufgaben der Bundeswertpapierverwaltung wurde dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen übertragen. Diese Aufgaben wurden weiterhin von den bereits in der ehemaligen Bundeswertpapierverwaltung mit diesen Aufgaben betrauten Beschäftigten am Dienstsitz Bad Homburg wahrgenommen.
Bundesausgleichsamt	<p>Der Dienstsitz Berlin des BAA wurde 2009 im ehemaligen Ostteil Berlins in Berlin-Weißensee angesiedelt. Es befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft des BADV, mit dem es eine Verwaltungsgemeinschaft bildet. Diese Nähe wurde zudem genutzt, um während der Aufbauphase des Berliner Dienstsitzes eine möglichst reibungslose Aufgabenwahrnehmung durch Abordnungen von Personal aus dem BADV zu gewährleisten.</p> <p>Das dafür abgeordnete Personal wiederum stammte ursprünglich aus der Bundeswertpapierverwaltung, welche über eine Außenstelle im ehemaligen Westteil Berlin verfügte. Im Zusammenhang mit der Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung wurde auch die Außenstelle aufgelöst und die Beschäftigten an das BADV versetzt. Umfangreiche Umsetzungen bzw. Abordnungen von bereits in Berlin ortsansässigen Beschäftigten in andere Bundesländer Ostdeutschlands konnten vermieden werden.</p>

1	2
Bundeseinrichtung (Name)	Begründung für die Ansiedlung außerhalb Ostdeutschlands
Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich	Die Frage der Ansiedlung der Behörde in München ist auf Grundlage der in Artikel 65 Satz 2 des Grundgesetzes festgelegten Ressorthoheit und der damit im Zusammenhang stehenden Organisationskompetenz des Ressortministers im Bundesministerium des Innern umfassend geprüft worden. Bei dieser Prüfung wurde ebenfalls auch der Beschluss der Unabhängigen Föderalismuskommission des Deutschen Bundestages und Bundesrates vom 27. Mai 1992 geprüft und berücksichtigt. Daneben wurden wirtschaftliche, ressourcenschonende und konzeptionelle Kriterien angelegt. Insbesondere an die Zukunftsfähigkeit der Behörde wurden erhöhte Maßstäbe gesetzt. Durch die räumliche Nähe zum Forschungszentrum Code der Universität der Bundeswehr in München wird die Behörde erhebliche, insbesondere fachliche Synergieeffekte erzielen.
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	Das BBK ist aus der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt zum 1. Mai 2004 hervorgegangen; die Organisationsstruktur mit Kompetenzzentren, in denen fachlich zusammenhängende Aufgabenbereiche gebündelt sind, wurde an den bisherigen Dienstsitzen beibehalten.
Technisches Hilfswerk	Das Ausbildungszentrum Neuhausen (Baden-Württemberg) wurde zuvor als Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg genutzt. Für die dortige Errichtung des Ausbildungszentrums sprach sowohl die Beschaffenheit der Liegenschaft (Katastrophenschutzschule) als auch die vorhandene Infrastruktur (Nähe zum Flughafen Stuttgart).
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	Die Errichtung von Außenstellen in Berlin, Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz geht auf § 5 AsylG zurück. Danach soll bei jeder zentralen Aufnahmeeinrichtung des Landes in Abstimmung mit dem Land eine Außenstelle eingerichtet werden. Die Errichtung von Aufnahmeeinrichtungen in den Ländern orientiert sich an den Zugangszahlen der Asylbewerber nach dem Königsteiner Schlüssel.
Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	Nach Abwägung der verschiedenen Aspekte unter Einbindung des Beauftragten für die neuen Länder wurde die Entscheidung zur Unterbringung der Behörde in Berlin getroffen. Bei der Liegenschaft waren die erforderlichen baulichen Sicherheitsvorkehrungen bereits weitgehend vorhanden. Ein Umbau einer alternativ noch zu findenden Liegenschaft hätte zu erhöhten Kosten, Verzögerung der Arbeitsfähigkeit und Verschiebung der Errichtungsphase der Netzabschnitte geführt. Zudem war eine enge Anbindung an die Entscheidungsträger der Inneren Sicherheit unabdingbar.
Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft	In der Bundestagsdrucksache 12/2853 wurde der Verlagerung nach Bonn als Ausgleich unter den ehemaligen Bezeichnungen Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft bzw. landwirtschaftliche Marktordnung zugestimmt (Punkt II 2., 3. 6.).
Bildungszentrum der Bundeswehr	Nachfolgereinrichtung der bereits zuvor in Mannheim stationierten Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Planungsamt der Bundeswehr	Hervorgegangen aus Teilen des in Berlin und Strausberg stationierten Zentrum für Transformation der Bundeswehr; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.

1	2
Bundeseinrichtung (Name)	Begründung für die Ansiedlung außerhalb Ostdeutschlands
Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	Funktionale Aspekte
Katholisches Militärbischofsamt	Funktionale Aspekte
Kommando Luftwaffe	Funktionale Aspekte und verfügbare Infrastruktur
Kommando Streitkräftebasis	Hervorgegangen aus Teilen des bereits in Bonn stationierten BMVg und Streitkräfteamt; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Nachfolgeeinrichtung des bereits zuvor in Bonn stationierten Bundesamtes für Wehrverwaltung; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Kommando Cyber- und Informationsraum	Hervorgegangen aus Teilen des bereits in Bonn stationierten Kommando Streitkräftebasis; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr	Nachfolgeeinrichtung des bereits zuvor in Köln stationierten Personalamt der Bundeswehr; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Luftfahrtamt der Bundeswehr	Funktionale Aspekte und verfügbare Infrastruktur
Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr	Hervorgegangen aus dem bereits in Koblenz stationierten Sanitätsführungskommando; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr	Nachfolgeeinrichtung des bereits zuvor in Koblenz stationierten Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung; funktionale Aspekte, verfügbare Infrastruktur und verfügbares Personal.
Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)	Relevant sind hier beispielsweise die Zusammenführung oder Übernahme bestehender Strukturen und Einrichtungen der Bundesverwaltung sowie anderer öffentlicher Stellen des Bundes. Solche Entscheidungen sind regelmäßig durch entsprechende Gesetze, Verwaltungsvereinbarungen oder Organisations-/Errichtungserlasse der zuständigen Ressorts gedeckt. Daneben kommt der räumlichen und fachlichen Anbindung an Kooperationspartner aus Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Forschung sowie öffentlicher Verwaltung bei der Standortwahl eine entscheidende Bedeutung zu. Bisweilen ergibt sich die Standortwahl aus der Natur der Sache.
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Erhalt und Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn im Politikbereich Kultur entsprechend § 1 (2) Satz des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994 (BGBl. I S. 918).
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung	Sitz der Bundeseinrichtung in Berlin gemäß Errichtungsgesetz vom 25. Oktober 1995 (BGBl. I S. 3138).
Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Sitz der Bundeseinrichtung in Berlin gemäß Errichtungsgesetz vom 5. Juni 1998 (BGBl. I Nr. 33).

1	2
Bundeseinrichtung (Name)	Begründung für die Ansiedlung außerhalb Ostdeutschlands
Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden	Sitz der Bundeseinrichtung in Berlin gemäß Errichtungsgesetz vom 17. März 2000 (BGBl. I S. 212).
Stiftung Jüdisches Museum Berlin	Sitz der Bundeseinrichtung in Berlin gemäß Errichtungsgesetz vom 16. August 2001 (BGBl. I S. 2138).
Akademie der Künste	Sitz der Bundeseinrichtung in Berlin gemäß Errichtungsgesetz vom 1. Mai 2005 (BGBl. I S. 636).
Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung	Sitz der Bundeseinrichtung in Hamburg gemäß Errichtungsgesetz vom 18. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2358).
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung innerhalb der Stiftung Deutsches Historisches Museum	Sitz der Bundeseinrichtung in Berlin gemäß Errichtungsgesetz vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2891).